

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisdorfer Str. 22.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingereichter Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Anzeigen:
Otto Kiemer, Universitätsstr. 22,
Bismarckstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Aufgabe 16,150.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Fracht 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 20 M.,
mit Postförderung 48 M.

Inserte 50 Sp. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postvorschuß.

№ 248.

Dienstag den 10. August 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die gepflasterten Hauseingänge der Vorstädte, welche in städtische Verwaltung übernommen sind, sollen mit Trottoirplatten belegt und diese Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden. Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden. Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Trottoirplattenlegung vor Hauseingängen in den Vorstädten“ versehen ebenfalls und zwar bis zum 14. August d. J. Nachmittags 5 Uhr abzugeben.
Leipzig, den 27. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Hartwig.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit §. 3 des Gemeindeanlagen-Regulativs der Stadt Leipzig ist jeder Grundstücksbesitzer, bezügl. dessen Stellvertreter, gehalten, im Laufe des Katasterjahres die etwaigen bezüglich der Wirth-, Nutzung- oder Pachterträge eingetretene Veränderungen (Erhöhung oder Verminderung) sofort wahrheitsgemäß anzuzeigen, und können Unterlassungen mit Ordnungsstrafe bis zu 50 M. belegt werden.

Da wahrzunehmen gewesen, daß diese Bestimmung nur sehr unvollkommen beobachtet worden ist, werden die hiesigen Grundstücksbesitzer, bezügl. deren Vertreter, hierdurch aufgefordert, alle seit der im vorigen Jahre erfolgten Einreichung der städtischen Grundsteuerlisten bis jetzt in den genannten Erträgen eingetretene Veränderungen namentlich schriftlich an unsere Stadt-Steuer-Einnahme, Brühl 61, 2. Stod., Zimmer 1, schriftlich anzumelden und werden an dieser Stelle auf Verlangen Formulare zur Ausfüllung verabreicht.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die zeitlich vom Quartieramte zur Instandhaltung des Bezugsdienstes über die Einquartierungsunfähigkeiten und die zur Einquartierung geeigneten Räume erforderlichen Anzeigen vom Ertrag dieser Bekanntmachung ab nicht mehr an dasiger Stelle, sondern ebenfalls bei der Stadt-Steuer-Einnahme abzugeben sind.
Leipzig, den 28. Juli 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin.

Taube.

Keller-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hause, Grimmaische Straße Nr. 37, ist vom 1. October d. J. an eine Kellerabtheilung zu vermieten und wolle man sich deswegen Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 10, melden, wo auch etwa gewünschte nähere Auskunft erteilt werden wird.
Leipzig, den 3. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin.

Cerutti.

Keller-Vermiethung.

Ein aus 3 Abtheilungen bestehender Keller unter dem Hofgebäude am Raschmarkt soll vom 1. October d. J. an gegen einhalbjährliche Kündigung an Rathshaus Dienstag, den 24. des Mts., Vormittags 11 Uhr an den Meistbietenden anderweit vermietet werden. Die Vertheilungs- und Vermietungsbedingungen nebst dem Inventarium des Kellers können schon vor dem Vertheilungstermin auf dem Rathhaussaale 1. Etage eingesehen werden.
Leipzig, den 6. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin.

Stöß.

Bekanntmachung.

Das 19. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 20. d. M. auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1392 Gesetz, betreffend die Schiffsmeldungen bei den Consulaten des Deutschen Reichs. Vom 25. März 1880.

• 1393 Verordnung, betreffend die Schiffsmeldungen bei den Consulaten des Deutschen Reichs. Vom 28. Juli 1880.

Leipzig, den 7. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin.

Stöß.

Rußland und die Donau-Mündungen.

Im Pariser Frieden hatte man bekanntlich Rußland namentlich auch von der unteren Donau fernzuhalten gesucht und deshalb einen Theil von Besarabien der Moldau zugelegt. Rußland hat davon den größeren Theil dieses Gebietes — bis zur nördlichen Mündung der Donau — durch den Berliner Frieden zurückgehalten, aber unter ausdrücklichen Bestimmungen für die Freiheit der Schifffahrt auf dem den größeren Theil Mittel-europas durchfließenden Strom. Die gemeinsamen Interessen aller Mächte in dieser Beziehung wurden unter die Obhut einer europäischen Donaucom-mission gestellt. Es wäre ja auch eine schwere Schädigung für den Handel, wenn die früher von dem russischen Staat mit seinem ausgesprochenen Schutzzollsystem geübten Beeinträchtigungen der Verkehrsfreiheit sich erneuern sollten.

Es scheint indessen, daß die Gladstone'sche Politik des Entgegenkommens gegen Rußland, der Abneigung gegen Oesterreich die untere Donau in Mitleidenschaft ziehen soll. In dieser Hinsicht bringen die „Orenzböten“, deren politischer Leiter Fühlung mit deutschen officiellen Kreisen besitzt, einen beachtenswerten Artikel. Es heißt darin: „Es war sicher nicht zu erwarten, daß England dem moskowitischen Ehrgeiz hier Handreichung thun und sich den Plänen Rußlands unterwerfen würde. Auch darüber können wir ein gewisses Maß von Verwunderung empfinden, daß man die jetzige Whigregierung an der Donau eine Politik beginnen sieht, die in offenem Widerspruch mit den Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands steht. Ein Freund schreibt uns aus Galaz, daß der Vertreter Großbritanniens in der europäischen Donaucommission die Weisung erhalten hat, einen förmlichen Antrag zu stellen, der die Abnahme an der Ueberwachung der Schifffahrt zwischen Galaz und dem Euxinischen Meere auszu-schließen. Da man jedoch bei der Verwirklichung dieses Planes Schwierigkeiten zu begegnen fürchtet und zugleich einigermassen Rücksicht auf den Berliner Vertrag zu nehmen beabsichtigt, welcher die Niederlegung einer Commission vorschreibt, die mit der Ausführung der strompolizeilichen Anordnungen auf jenem Theile des Donaulaufes beauftragt werden soll, so hat, wie wir weiter erfahren, die englische Regierung einen zweiten Vorschlag in Reserve, nach welchem die europäische Commission — in welcher Rußland bereits Sitz und Stimme hat — ihre Autorität bis zum Eisernen Thore erstrecken und für den Theil des Stromlaufes oberhalb Galaz einen serbischen und einen bulgarischen Delegierten zulassen würde. Auf diese Weise würde Rußland in allen Fragen, welche die gedachte Strecke der Donau betreffen, die sowohl in politischer wie in commercieller Hinsicht bei Weitem die wichtigste des ganzen Stromes ist, über drei Stimmen verfügen. Es ist nicht zu verwundern, daß England und Rußland Hoffnung hegen, Frankreich und Italien für ihre Absichten zu gewinnen. Aber daß die Rumänen sich beeilen würden, mit den Russen, die ihnen erst vor Kurzem Besarabien abgenommen haben und seit entschlossen scheinen, sie der Donaumündungen zu berauben, gemeinschaftliche Sache zu machen, daß sie sich zu dieser Intrigue gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland hergeben würden, diese auffallende Thatfache würde schwer zu erklären sein, wenn wir nicht schon längst mit dem allberühmten Einvernehmen bekannt wären, welches zwischen Rußland und der Partei besteht,

welche in Rumänien während der letzten fünf Jahre am Ruder gestanden hat. Obgleich wir keineswegs von der Art und Weise erbaute sind, in welcher Herr Bratiano und seine Freunde die Gelegenheit ergriffen haben, der russischen Politik unter den Auspicien Englands zu folgen, sind wir dennoch geneigt, ihnen einen Dienst zu erweisen, indem wir sie daran erinnern, daß es vor Allem der Existenz und der Wichtigkeit der Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu danken ist, wenn Rumänien die russische Grenze noch nicht bis zum Sereth vordringen sah. . . . Aber die verbündeten Mächte Mitteleuropas (Deutschland und Oesterreich-Ungarn) werden schwerlich zulassen, daß die Politiker in Bukarest die Interessen des österr.-ungarischen Staates und des Deutschen Reiches ihren gegenwärtigen guten Freunden unter die Füße werfen, selbst wenn diese guten Freunde und Verbündeten Gortischakoff und Gladstone heißen.“

Die Vermuthung dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß bei der morgen (Dienstag) stattfindenden Zusammenkunft unseres und des österr.-ungarischen Kaisers, bei welcher der Fürst von Serbien, wie es heißt auch der Fürst von Rumänien und der deutsche Botschafter in Wien Prinz Neuh zugegen sein werden, unter Anderem diese Frage einer Besprechung unterzogen wird; es wäre für diesen Fall eine Verständigung gegen das russische Streben nach einem unberechtigten Uebergewicht an der Donaumündung höchst wünschenswert.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. August.

Herr Windthorst und seine Getreuen ziehen im Rheinland und Westfalen umher, um im Wege der Agitation den Kampf gegen die Raigesehe fortzusetzen. Se. Heiligkeit selber billigt dieses Vorgehen. Von der neulichen Sitzung der Versammlung in Köln hatte der „Germania“ der Vorherrschaft derselben, Frhr. Fel. v. Voß, dem Cardinal Rina Mittheilung gemacht, mit der Bitte, dieselbe dem H. Vater zu unterbreiten. Es ist demselben darauf laut der „A. Volksztg.“ und der „D. Reichsztg.“ folgende Antwort zugegangen: „Bereitester Herr! Der Brief, welchen Ew. Hochwohlgeboren unter dem 19. Juli mir zusandten, ist von mir unverzüglich dem H. Vater, welcher mit großer Herzensfreude von dem Inhalte desselben Kenntniß genommen hat, zugestellt worden. Hoffen wir zu Gott, daß die Haltung der Katholiken, wie sie aus Ihrer Mittheilung sich ergibt, endlich ihr Ziel erreichen und die Gesezgeber des Landes die Billigkeit ihrer Wünsche erkennen werden (!). Zu diesem Zweck bitte ich E. Heiligkeit inständig Gott, er möge in seiner Gnade die Einsicht derselben zu dem Vortheile nicht bloß der katholischen, sondern aller (!) Untertanen des Reiches erleuchten. Zum Danke für Ihre angenehme Mittheilung ertheile ich Ihnen und allen Katholiken Ihres Vaterlandes mit väterlicher Zuneigung den apostolischen Segen. Glückwünsche Ihnen davon Kenntniß machen zu können, nehme ich mir die Ehre, den Gesandten meiner tiefsten Hochachtung Ausdruck zu geben, mit welcher ich mich gerne nenne Ew. Hochwohlgeboren . . .“

Ueber die noch immer umlaufenden Gerüchte, betreffend die Abcomandirung deutscher Officiere nach der Türkei, ist das „V. L.“ in der Lage, folgende sichere Daten zu geben. Es werden vier Officiere abgefanbt werden, nämlich

je einer vom Generalstabe, von der Infanterie, der Cavallerie und der Artillerie. Die Officiere sollen bereit in der Anciennität verbleiben, daß sie nach Rückkehr von ihrem Commando als Majors in der Armee wieder angestellt werden können. Dieselben werden als Majors à la suite der Armee geführt und ihre Wiedereintrangirung ist ihnen somit gesichert. Mit der türkischen Regierung schießt jeder Einzelne durch Vermittlung des auswärtigen Amtes einen dreijährigen Contract ab, in welchem Zahlung des sehr hohen Gehaltes, event. Pension und Wittwenpension gewährleistet ist. Die betreffenden Officiere sind bereits dem Kaiser in Vorschlag gebracht. Jedemfalls steht den Herren ein interessantes Commando bevor.

Die Nachrichten über das Gehen oder das Verbleiben des französischen Botschafters in Berlin Grafen St. Vallier schwanen noch immer hin und her. Mit voller Bestimmtheit kann nach der „R. B.“ erklärt werden, daß die Angaben, welche von der Abberufung des Grafen oder gar bereits von dem Tode desselben durch Decourcelles wissen wollen, lediglich auf die Organe Gambetta's zurückzuführen sind. In Uebereinstimmung mit den diesseitigen und den persönlichen Wünschen des Botschafters ist der Präsident Grey für das Verbleiben St. Vallier's in Berlin. Der Botschafter wird indessen erst mit dem Eintreffen des Kaisers in Baden-Baden, also in der dritten Septemberwoche, Frankreich verlassen, um sich zur Begrüßung des Kaisers direct nach Baden zu begeben. Es ist bereits angeordnet, daß zu derselben Zeit ein Mitglied der Botschaft zum Dienst bei dem Chef derselben in Baden-Baden einzutreffen habe. Graf St. Vallier wird mit dem Kaiser gleichzeitig nach Berlin zurückkehren.

Die Berliner Fortschrittspartei, die es vom Jahre fertig brachte, ihren Breslauer Genannungsgegenossen Herrn Lasker als Candidaten zu empfehlen und dadurch glücklicherweise Socialdemokraten zum Siege verhalf, hat bekanntlich für Magdeburg die Candidatur des „liberalen“ Herrn Lasker abermals in Vorschlag gebracht. Natürlich haben die Rationalliberalen in Magdeburg diese Candidatur nicht angenommen und Herr Lasker wird also in Magdeburg wohl nur der Candidat der Fortschrittspartei sein. Es ist von der Popularität des Herrn Lasker denn auch zu erwarten, daß er sich öffentlich zu der Partei bekennen werde, von welcher er als Genosse und Candidat sich behandeln läßt. Die Rationalliberalen in Magdeburg aber thäten gut, sich endlich über die Person ihres Candidaten schlüssig zu machen und so Herrn Lasker und die Fortschrittspartei vor eine Entscheidung zu stellen. Die Fusion und Confusion der Liberalen vom Schlage Lasker mit der Fortschrittspartei wäre nur zu wünschen, schon um der nationalliberalen Partei selber ihre Stellung neben dieser Partei der Unzufriedenen um jeden Preis recht klar und dem Gerede liberaler Berliner Blätter Lasker'scher Richtung ein Ende zu machen.

Herr Hasselmann ist nicht europamüde. Daß die Nachricht von seiner Auswanderung falsch war, ist aus folgendem, von Köln, den 6. August, datirten Schreiben zu ersehen, welches Herr Hasselmann der „Köln. Ztg.“ zugehen läßt:

Die von der „Köln. Ztg.“ am Dienstag dieser Woche gebrachte Nachricht, daß ich mit Hinterlassung bedeutender Schulden nach Amerika flüchtig geworden sei, ist gänzlich erfinden. Wegen des auf Grund des Socialistengesetzes erfolgten Verbotes des von mir redigirten „Hamburg-Altonaer freien Volks-

blattes“ und aus sonstigen Gründen politischer Natur mache ich gegenwärtig eine Rundreise, und zwar lediglich zu politischen Zwecken. Dieser Umstand hat gewisse, von mir in letzter Zeit scharf charakterisirte Persönlichkeiten veranlaßt, bösharter Weise jenes Gerücht auszusprengen. Ebenso aus der Luft gegriffen, wie die Hauptfache, sind die angeblichen Neben-umstände. So habe ich i. U. durchaus keine Privat-schulden. Ich lesse allerdings für die von einem Freunde verlegten Zeitschriften „Deutsche Bl.“ u. s. w. Bürgerschaft; diese werden aber in meiner Abwesenheit fortgeführt. Sollten dieselben in meiner Abwesenheit unterdrückt werden, so läme zunächst in Betracht, ob die voranbenannten Verpflichtungen nicht vollum durch die ausstehenden Guthaben gedeckt würden. Erst wenn die Liquidation dann ein Deficit ergäbe, würde ich als Bürge regresspflichtig und dann auch erbsäßig sein, die etwaigen Schulden, die übrigens nicht im Mindesten den in den Zeitungen genannten hohen Betrag erreichen könnten, zu bezahlen. Es sei noch erwähnt, daß Arbeiter mit kleinen Beträgen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden können, da sich die ganze Summe der von Arbeitern eingeschlossenen Beiträge à 5 M. auf 110 M. beläuft, die wohl Niemand für gefährdet halten wird. Die Urheber dieser böswilligen Erfindung wegen Verleumdung zu belangen, behalte ich mir vor. Alle Zeitungen ersuche ich um Abdruck dieser Berichtigung.

H. Hasselmann, Reichstags-Abgeordneter.

Ueber Wien kommt eine Reihe sehr bemerkenswerthe Nachrichten aus dem Orient. Nach der „Neuen Freien Presse“ überreichte Graf Saffold in Konstantinopel als Doyen der dortigen Vertreter der Großmächte einen Annex zur Collectivnote über die montenegrinische Grenzfrage. Dieser Nachtrag enthält eine von den Mächten vorgeschlagene Grenztracé für den Fall, daß die Pforte der Gession des Dulcigno-bezirks zustimmt. Die „Presse“ meldet: „Rumänien versichert, daß es niemals beabsichtigt habe, in der Donaufrage sich England und Rußland anzuschließen. Zwischen den Großmächten sind die Grundzüge einer neuen Collectivnote ange-glich bereits vereinbart, welche die Antwort der Pforte auf die Collectivnote betreffend der griechischen Frage zu widerlegen bestimmt ist. Fürst Karl von Rumänien verläßt Dienstag Bukarest und besucht den österreichischen Kaiser in Ischl, sodann wird sich derselbe nach deutsche Hoflager begeben.“ Die „Montagsrevue“ schreibt: „Wenn französische Blätter den Absichten ihrer Regierung Ausdruck geben, indem dieselben auf einer principielle Trennung der griechischen und montenegrinisch-albanischen Frage zum Zweck der Retardirung der ersten von Europa eingeleiteten Action bestehen, so dürfte Frankreich, unter der Voraussetzung genauer Aufrechterhaltung und Rechtswirksamkeit der Conferenzbeschlüsse, sowie in der Voraussezung, daß hiermit nicht ein principielle Rückzug Europas markirt werde, mit einer derartigen Auffassung nach dem nunmehrigen Einlenken der Türkei in der montenegrinischen Frage schwerlich hofiert dastehen; dabei aber müßte als Rücksicht dienen, daß in der gegenwärtigen Situation nur Eines gerechtfertigt erscheint, nämlich: alle Rückfälle und jedes Entgegenkommen gegenüber der Pforte in der Ausführung, aber absolute Festigkeit und Unbeugbarkeit in der principielle Aufrechterhaltung der Conferenzbeschlüsse.“

Ueber die Küstungen der Pforte schreibt man der Wiener „Deutschen Zeitung“ vom 28. d. M.: „Täglich treffen hier große Transporte von Rekruten ein und werden dieselben sofort nach